

FBP

FBP-Frühscoppen im
Alten Zoll in Schaanwald

SCHAANWALD – Die FBP-Ortsgruppe Mauren-Schaanwald lädt am Sonntag, 2. Mai um 10 Uhr die interessierte Bevölkerung zu ihrem 2. Frühscoppen in diesem Jahr ein. Diesmal findet dieser vormittägliche Sonntagshock im Restaurant Alter Zoll in Schaanwald statt. Diese Gelegenheit sollten Sie sich nicht entgehen lassen, denn Landes- und Gemeindepolitiker stehen Ihnen Rede und Antwort und informieren Sie aus erster Hand. Neben den Schaanwäldern sind natürlich auch die Einwohner/-innen aus Mauren angesprochen.

Es lädt Sie herzlich ein
Gebj Malin, Obmann
FBP-Ortsgruppe Mauren-Schaanwald

Achtung Terminänderung
FBP-Ortsgruppe Schaan

SCHAAN – Aufgrund einer Terminüberschneidung wird die FBP-Ortsgruppen-Jahresversammlung, angekündigt auf den 6. Mai, verschoben. Der neue Termin ist der 24. Mai. Die Versammlung findet im Restaurant Rössle statt und beginnt um 20 Uhr. Der Vorstand würde sich freuen viele Interessierte begrüssen zu können.

FBP-Ortsgruppe Schaan

NACHRICHTEN

Stellungnahme
zum Stipendengesetz

VADUZ – In der April-Landtagssitzung wurde die Vorlage zur Neufassung des Stipendengesetzes in erster Lesung beraten. Gegenstand dieser Lesung war auch die von der Regierung eingebrachte Gesetzesvorlage zur Abänderung des Gesetzes über die staatlichen Ausbildungsbeihilfen. Damit sollte das Inkrafttreten der im neu gefassten Stipendengesetz vorgesehenen Regelung über die Anspruchsberechtigung zeitlich vorgezogen werden. Die Regierung hat nun zu den in dieser ersten Lesung aufgeworfenen und noch nicht beantworteten Fragen zur Anspruchsberechtigung Stellung genommen.

Insbesondere hat sie zu Fragen betreffend Karenzfristen in anderen Staaten und über die Folgen einer Karenzfrist von drei Jahren für liechtensteinische Staatsbürger, welche vom Ausland nach Liechtenstein ziehen, Stellung genommen. Weiters wurde auf die Fragen, ob Ausländische Liechtensteinerinnen und Ausländische Liechtensteiner Anspruch auf Ausbildungsbeihilfe geltend machen können und wenn ja, nach welchen Kriterien diese Geltendmachung möglich sein soll und wie viele Ausländische Liechtensteinerinnen und Ausländische Liechtensteiner im laufenden Studienjahr nach bisherigem Recht gefördert werden, näher eingegangen. (paf)

Briefmarkenausstellung und
Briefmarkenhändlerbörse

VADUZ – Am 1./2. Mai findet im Foyer des Vaduzer Saales die Briefmarkenausstellung und Briefmarkenhändlerbörse statt. Der Liechtensteiner-Philatelisten-Verein veranstaltet eine Ein-Rahmen-Briefmarkenausstellung an der 58 Sammlungsgebiete zu sehen sind. 18 Briefmarkenhändler bieten ein grosses Angebot aus vielen Sammelgebieten. Die Öffnungszeiten sind: Samstag 10 bis 17 Uhr und Sonntag 10 bis 16 Uhr. Eintritt frei. (Eing.)

«Ein Geben und Nehmen»

Aussenminister Ernst Walch zur bevorstehenden EU- und EWR-Erweiterung

VADUZ – Am morgigen 1. Mai wird die EU – und damit auch der EWR um zehn Nationen erweitert. Was für Auswirkungen hat dies für Liechtenstein? Aussenminister Ernst Walch nimmt Stellung.

• Martin Frommelt

Volksblatt: Herr Aussenminister, was wird sich für Liechtenstein durch die EU-Erweiterung auf den 1. Mai 2004 verändern?

Ernst Walch: Aus politischer Sicht begrüsse ich die EU- und damit auch die EWR-Erweiterung, weil sie einen massgebenden Beitrag zur Erhaltung des Friedens und zur Zusammenarbeit in Europa leistet. Die für Liechtenstein im EWR geregelten Beziehungen mit bisher 15 EU-Staaten werden auf nun-

Neue Chancen

mehr 25 EU-Staaten ausgeweitet. Dies ist ein guter Rahmen, in welchem Liechtenstein seine Beziehungen auch mit diesen Neumitgliedern auf eine geeignete rechtliche Grundlage stellen kann. Der stark erweiterte europäische Binnenmarkt (um rund 100 Mio. Bewohner) eröffnet der Wirtschaft auch neue Chancen.

Ursprünglich hat die EU an Liechtenstein im Zuge der Erweiterung erhebliche Forderungen gestellt in Bezug auf die Erhöhung des Personenzuzugs und die Erhöhung der Beitragszahlungen: Wie gut kann Liechtenstein mit dem Verhandlungsergebnis leben?

Sehr gut. Liechtenstein hat mit der EU im Bereich des Personenverkehrs schon im Rahmen des bisherigen EWR eine Sonderlösung vereinbart, die jetzt über das EWR-Erweiterungsabkommen sogar eine noch bessere rechtliche Absicherung erhalten hat. Die Beitragszahlungen passen in den für Liechtenstein möglichen budgetären Rahmen und bringen die Solidarität Liechtensteins recht angemessen zum Ausdruck.

Als vorsorgliche Arbeitsmarktmassnahme beansprucht Liechtenstein ebenso wie andere Länder die zweijährige Übergangsfrist, mit der Staatsangehörige aus den neuen Mitgliedsländern wie Drittstaatsangehörige behandelt werden: Ist das eine reine Vorsichtsmassnahme oder gibt es Hinweise, dass der Druck auf unseren Arbeitsmarkt zunehmen wird?

Bei Ihrer Frage geht es um die Zulassung zum Arbeitsmarkt, wo alle bisherigen EWR-Staaten Über-

Vorsichtsmassnahme

gangsfristen für die Zulassung in Anspruch nehmen. Die Regierung hielt es für richtig, im Interesse des Arbeitsmarktes in Liechtenstein die Gesamtentwicklung in den nächsten Jahren zu verfolgen, bevor auf die Beanspruchung der Übergangsfrist allenfalls verzichtet wird. Es ist eine Art Vorsichtsmassnahme, die bis sieben Jahre verlängert werden kann.

Die weiterhin geltende bestätigte Quotenregelung sieht den Zuzug von maximal 56 Erwerbstätigen und 16 Nicht-Erwerbstätigen pro



«Es ist richtig, dass die Öffnung der Märkte nicht nur Wachstumspotential für die Wirtschaft beinhaltet, sondern auch zu Konkurrenz führen kann bzw. führen wird.»: Aussenminister Ernst Walch.

Jahr vor: Wie wird der Druck auf diese Quote in den nächsten Monaten eingeschätzt?

Wir gehen davon aus, dass Liechtenstein weiterhin für Zuzüger ein attraktives Land ist. Insofern ist es wichtig, dass Liechtenstein die Zuwanderungsquote in Anspruch nehmen kann. Wegen der EU-Erweiterung kann aber nicht von erhöhtem «Druck» auf diese Quote die Rede sein, da die Quote mit allen EWR-Partnern im bestehenden Ausmass und nunmehr langfristig vereinbart wurde. Natürlich steht es Liechtenstein jederzeit frei, aus eigenen Er-

«Druck» auf Quote?

wägungen bei der Zulassung über die in der Quote enthaltenen Zahlen hinaus zu gehen. Wenn überhaupt «Druck» entsteht, dürfte er aus Liechtenstein selbst bzw. aus der liechtensteinischen Wirtschaft kommen. Es wird nicht einfach sein, Lösungen zu finden, die allen Interessen gerecht werden. Es werden aber innenpolitisch motivierte Lösungen sein müssen, die möglichst viele Interessen der betroffenen Kreise in Liechtenstein berücksichtigen.

Ist die Sonderlösung beim Personenverkehr auf Dauer aufrecht zu halten? Es gibt ja nicht wenige Politiker in Brüssel, die der Meinung sind, dass wer in einem System mit Freizügigkeit dabei sein will, diese Freizügigkeit auch ohne Wenn und Aber zu gewährleisten habe?

Wie gesagt, hat Liechtenstein unter Berücksichtigung seiner Besonderheiten eine auf Dauer angelegte Sonderlösung erreicht. In diesem Sinne rechne ich nicht mit irgendwelchen aus «Brüssel» kommenden Forderungen.

Für die liechtensteinische Wirtschaft bedeuten die neuen EU-Länder neue Absatzmärkte mit viel Wachstumspotential, andererseits sind diese Länder mit ihren niedrigen Löhnen aber doch auch eine nicht zu unterschätzende Konkurrenz?

Es ist richtig, dass die Öffnung der Märkte nicht nur Wachstumspotential für die Wirtschaft beinhaltet, sondern auch zu Konkurrenz führen kann bzw. führen wird. Insofern hat die liechtensteinische Wirtschaft nicht nur neue Entwicklungspotential

Mehr Konkurrenz

spektiven erhalten, sondern sie ist auch vermehrter Konkurrenz ausgesetzt, deren Auswirkungen sich aber sicher erst in einigen Jahren genauer einschätzen lassen.

Diese Auswirkungen werden bei den einzelnen Wirtschaftsbranchen wohl unterschiedlich sein. Man sollte sich aber nicht ausschliesslich auf das Problem niedrigerer Löhne konzentrieren, das ich allerdings auch nicht unterschätzen möchte und dem die Regierung besondere Aufmerksamkeit widmet. Auf der anderen Seite ist die liechtensteinische Wirtschaft natürlich aufgerufen, sich den Anforderungen zu stellen. Jeder Prozess und jede Neuregelung beruht auf einem Geben und Nehmen. Wer von einer Situation profitieren kann, muss auch bereit sein, sich der sich daraus ergebenden Konkurrenzsituation zu stellen. Ich bin zuversichtlich, dass dies der liechtensteinischen Wirtschaft gelingen wird. Der Staat wird auch in Zukunft dafür besorgt sein, die Rahmenbedingungen dazu bereit zu stellen, soweit sie vom Staat bereit zu stellen sind.

Aus Arbeitnehmerkreisen wurde die Befürchtung geäussert, billige Arbeitskräfte aus den neuen EU-Ländern könnten über das benachbarte Österreich oder Süddeutschland in Liechtenstein zu Dumpinglöhnen ihre Dienste anbieten und so den Arbeitsmarkt negativ beeinflussen: Teilen Sie diese Befürchtungen?

Das Schüren von Ängsten ist immer ein schlechter Ansatz zum Umgang mit einem bestimmten Thema. Die liechtensteinischen Behörden sind sich aber eines möglichen Konfliktpotentials für den liechtensteinischen Arbeitsmarkt bewusst.

Allfälligen negativen Entwicklungen wird im Rahmen des Möglichen entgegengewirkt.

Die Erweiterung bringt auch eine grössere Vielfalt unterschiedlicher Steuersysteme in die Gemeinschaft: Was bedeutet das für die umstrittenen Steuerharmonisierungspläne der EU und für Liechtenstein?

Die Steuerharmonisierung mag ein Thema in der EU sein, sie ist aber aus unserer Sicht kein Thema im Rahmen des EWR. Liechtenstein wird auch in Zukunft für seine Autonomie im Bereich der Bestimmung seines Steuersystems eintreten. Diese grundsätzliche Position hindert aber Liechtenstein nicht daran, mit der EU z. B. im Bereich der Zinsertragsbesteuerung ein Modell der Zusammenarbeit zu finden, solange es auch die liechtensteinischen Interessen berücksichtigt.

Wie geht es nach der EU-Erweiterung mit dem EWR weiter?

Der EWR hat durch die EU-Erweiterung und die Aufnahme der zehn neuen EU-Staaten in den EWR eine entsprechende Erweiterung auf 25 Mitgliedstaaten erfah-

EWR wie weiter?

ren. Es ist nicht zu verkennen, dass damit das Gewicht der Mitglieder im EWR auf EU-Seite noch weiter zugenommen hat, oder, anders ausgedrückt, dass die drei EFTA-/EWR-Staaten noch mehr herausgefordert sind, ihre eigenen Interessen zur Geltung zu bringen, da die EU sicher auf längere Sicht vor allem mit der eigenen Erweiterung und deren Auswirkungen beschäftigt sein wird. Bezüglich des Fortbestands des EWR an sich hängt sicher sehr viel davon ab, wie sich Norwegen und allenfalls auch Island in den nächsten Jahren bezüglich einer allfälligen EU-Mitgliedschaft entscheiden werden. Der EWR ist aber für Liechtenstein derzeit sicher die geeignete Grundlage für die Gestaltung der integrationspolitischen Zukunft des Landes in Europa.